

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Bilanz der Sparkassengruppe
Erste Bank und Sparkassen
steigerten den Jahresüberschuss
nach Steuern auf 260 Mio. Euro
>> Seite 3



Bares bleibt Wahres
Bargeld und Bankomatkarte
sind die beliebtesten Zahlungs-
mittel in Österreich
>> Seite 4



Spar- und Kreditprognose
Jeder zweite Österreicher
fühlt sich vom Sparpaket
betroffen
>> Seite 5



Die Kernländer
der Eurozone sollten
sich bald erholen.

Keine Entwarnung, aber „milde Rezession“

Der Zins-, Währungs-, Aktienmarktausblick für das zweite Quartal dieses Jahres ist komplex: Die wichtigsten Indikatoren und das Konsumentenvertrauen haben sich deutlich aufgehellt, aber der Euroraum wird wohl eine „milde Rezession“, wie es die Experten vom Research der Erste Group formulieren, nicht herumkommen. Die Staatsschuldenkrise birgt nach wie vor die größten Risiken für völlige Entspannung auf den Kapitalmärkten und das Anspringen der Wachstumsmotoren.

Milan Frühbauer

„Das Risikoumfeld hat sich im ersten Quartal 2012 deutlich verbessert. Anzeichen für eine Stabilisierung der Wirtschaft der Eurozone sind zu sehen, Entwarnung kann aber noch nicht gegeben werden. Die Verschuldungskrise bleibt ein Thema. Im Kontext der Verschuldungskrise bleiben die Renditen der Benchmark-Anleihen niedrig und globale Aktien sowie Gold attraktiv“, betont Fritz Mostböck, Leiter des Bereichs Research der Erste Group. Und an die Adresse der Anleger: „Selektives Vorgehen ist weiterhin ratsam. Insgesamt gibt es Chancen in ausgewählten Aktienmärkten (USA, CEE, Teilen BRICs) und Sektoren sowie Asset-Klassen wie Gold.“ Während in den USA die Wirtschaft weiter an Schwung gewon-

nen hat, gibt es auch in der Eurozone zaghafte Zeichen für eine Stabilisierung. Die Kernländer der Eurozone sollten sich bald erholen. In Spanien oder Italien wird sich dies verzögern, da die Arbeitslosigkeit dort weiter steigt. Insbesondere die Verschuldungskrise wird Europa noch nachhaltig beschäftigen. Für 2012 erwarten die Experten ein Nullwachstum.

Inflation relativ hoch

Der Rückgang der Inflation war geringer, als konjunkturbedingt erwartet worden war. Die Preissteigerungsrate sollte 2012 durchschnittlich 2,4 Prozent betragen. Die Anspannungen auf den Finanzmärkten – auch bezüglich der Verschuldungskrise – haben sich in den vergangenen Wochen etwas gemindert, doch nachhaltige Entspannung scheint noch nicht

in Sicht. Was die Zinsen in der Eurozone betrifft, so wird der Leitzins wohl bei 1 Prozent bleiben, weitere Senkungen sind aktuell nicht anzunehmen. Auch die USA werden ihrer Nullzinspolitik weiter treu bleiben.

Was bedeutet das für die Aktienmärkte?

„Globale Aktien konnten im laufenden Jahr großteils gut zweistellige Kursperformanceraten verzeichnen“, meint Hans Engel, Strategie Internationale Aktien in der Erste Group. Die Stimmung der Investoren habe sich verbessert, doch dies sei noch keine nachhaltige Bestätigung des Aufwärtstrends: „Im ersten Quartal haben wir eher schwache Handelsvolumina gesehen. Bis zur Jahresmitte erwarten wir zwar leicht positive Märkte, aber keine brüllende Hausse.“

Meine Meinung



Es geht um weit mehr als um 18 Euro

So leicht darf man es sich wahrlich nicht machen: Bei der Aufregung um die Halbierung der Bausparprämie gehe es doch nur um lächerliche 18 Euro jährlich, so ist gelegentlich und „kalmierend“ aus dem Finanzministerium zu hören.

Nein, es geht um viel mehr! Es geht im konkreten Fall um die Sicherstellung der Refinanzierung von Bausparkassen, denen im Wohnbau besondere Bedeutung zukommt. Zumal in einer Zeit, in der wir auf eine veritable Wohnbaulücke von rund 20.000 Einheiten jährlich zusteuern. Die jüngsten Daten aus der Bauwirtschaft sind bereits besorgniserregend.

Das bedarfsgerechte Angebot von neuem Wohnraum ist nicht nur eine Frage der Leistbarkeit von Wohnungen für möglichst viele Bürger in diesem Land. Die ausreichende und zinsgünstige Finanzierung des privaten Wohnbaus bzw. der ebenso wichtigen Sanierungsinvestitionen ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung, die gerade uns Sparkassen besonders am Herzen liegt. Denn es ist unser Gründungsauftrag und im Sinne unserer gesellschaftlichen Verantwortung, möglichst vielen Menschen mehr persönliche Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu ermöglichen. Vor allem in all jenen Lebensfeldern, denen für die Menschen existentielle Bedeutung zukommt. Nicht die Abhängigkeit von der Vergabepolitik im kommunalen bzw. sozialen Wohnbau ist unsere gesellschaftspolitische Zielvorstellung, sondern die Schaffung von privatem Wohneigentum in der Stadt ebenso wie im ländlichen Raum.

Das Sparpaket ist unverzichtbar und richtigerweise überwiegend ausgabenseitig gestaltet. Für die Leistungsträger unserer Gesellschaft sind damit aber keine ermutigenden Signale verbunden. Die Zusatzbelastung für Leistungseinkommen über höhere Steuersätze für sogenannte Spitzenverdiener mag ein Tribut an die wiederbeliebte klassenkämpferische Neidgenossenschaft sein, ein Leistungsanreiz geht davon jedenfalls nicht aus. Im Gegenteil: In Österreich beginnt der Spitzensteuersatz von 50 Prozent vergleichsweise sehr früh zu greifen. Ab 60.000 Euro steuerpflichtigem Jahreseinkommen ist man schon in der höchsten Steuerklasse. Die zusätzlichen Aufschläge für die Besserverdiener schrauben die Steuerquote in einem traditionellen Hochsteuerland noch einmal in die Höhe.

Ebenso ist jedoch festzustellen, dass durch die Standfestigkeit der Finanzministerin entscheidendes gelungen ist. Die Bewahrung der Gruppenbesteuerung sowie die Abwehr einer die Substanz angreifenden Vermögenssteuer sind wichtige Entscheidungen für den Wirtschaftsstandort Österreich. Dessen Attraktivität für den Investor brauchen wir dringender denn je!

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Sparkassen Award geht nach Frankenmarkt

Im Rahmen einer Gala in der Wiener Hofburg wurden die besten Sparkassen Österreichs prämiert. Als Gesamtsieger unter 50 selbständigen Sparkassen ging die Sparkasse Frankenmarkt aus dem Bewerb hervor. Bewertet wurden die Entwicklung im Privat- und Kommerzkundengeschäft, die Kundenzufriedenheit, die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, die Neukundengewinnung sowie die Stabilität und die Sicherheit jeder Sparkasse.



Vorstandsdirektor Erich Stöckl (sitzend) und sein Team

Rekordzeit beim Vienna City Marathon

Erste Bank und Sparkassen waren zum neunten Mal Hauptsponsor des wichtigsten und größten Sportereignisses in Wien, des Vienna City Marathon. Der Kenianer Henry Sugut fixierte mit 2:06:58 Stunden einen neuen Streckenrekord. Bei den Frauen gewann wie im Vorjahr die Äthiopierin Fate Tola.



Ein Blick in die Zukunft

Mit einer Prise Humor fragte man sich in der Sparkasse Schwaz anlässlich des 140. Geburtstags: Wird es die Sparkasse in noch einmal 140 Jahren immer noch geben und, wenn ja, was wird dann noch von dem übrig sein, was die Sparkasse ausmacht? Die Antwort darauf wurde in eine Anzeigenserie verpackt, die nichts verkaufen, sondern an etwas Wertvolles erinnern will: den Gründungsgedanken der Sparkasse. Für einen Fototermin schlüpfen Mitarbeiter in die Rolle von bekannten Serienfiguren und Astronauten und wagten einen Blick in das Jahr 2152, wenn die Sparkasse ihren 280. Geburtstag feiert.

Filialleiter Wolfgang Gruber als Vulkanier

Astronauten und wagten einen Blick in das Jahr 2152, wenn die Sparkasse ihren 280. Geburtstag feiert.

„Österreich wächst stärker als die Eurozone“



Fritz Mostböck: „Ein Zusammenhang zwischen Realverzinsung und Sparquote ist schwer nachweisbar.“

Chefanalyst Fritz Mostböck nimmt zu Sparquote, Investitionsklima und US-Konjunktur Stellung.

Sparkassenzeitung: Erwarten Sie, dass die Sparquote weiter absinkt, wenn die Niedrigzinsphase anhält und die Realverzinsung weiterhin negativ bleiben sollte?

Mostböck: Ein Zusammenhang zwischen Sparquote und Realverzinsung lässt sich nur schwer herstellen. Vielmehr hängt die Sparquote vom Vertrauen der Konsumenten in die wirtschaftliche Zukunft (Konsumentenstimmung) ab. Je mehr Zuversicht, desto geringer die Sparneigung und somit die Sparquote. Aus der rechten Graphik ersieht man, dass, wenn die Stimmung besser ist, die Sparquote niedriger ist. Deshalb wäre mit einer stabilen oder sogar leicht steigenden Sparquote auf Sicht des nächsten Jahres zu rechnen, wenn die Konsumenten die Wirtschaftsentwicklung nicht zu rosig sehen.

jedoch weiterhin ratsam. Im ersten Quartal 2012 haben schwache Handelsvolumina die Aktienkursanstiege nicht nachhaltig bestätigen können.

Halten Sie die Gefahr der Kreditklemme für endgültig gebannt?

Die aktuelle Prognose sieht für das inländische Kreditvolumen in Österreich auch heuer einen leichten Volumensanstieg vor. Die Unsicherheit liegt derzeit aber in den geänderten Eigenkapitalbestimmungen, welche die österreichischen Banken laut eigenen Angaben schaffen werden. Dementsprechend erwarten wir keine Kreditklemme in Österreich.

Welche Entwicklung erwarten Sie bei Brutto-Anlageinvestitionen im Euroraum und speziell in Österreich?

Die Stimmung unter Produzenten ist weiterhin gedämpft, was das Investitionswachstum insgesamt noch schwächt. Für die Eurozone

bewerten Sie die Wachstumseffekte durch BIP-Outperformance der Deutschen für die österreichische Wirtschaft?

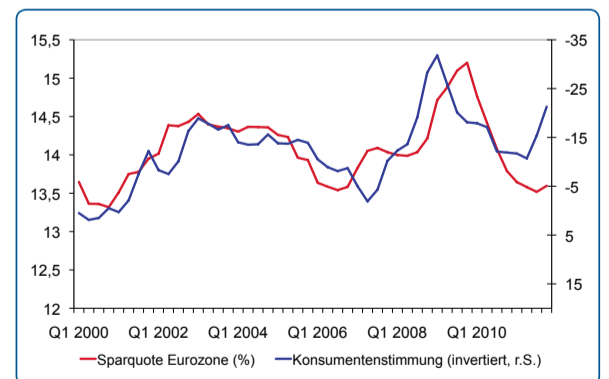
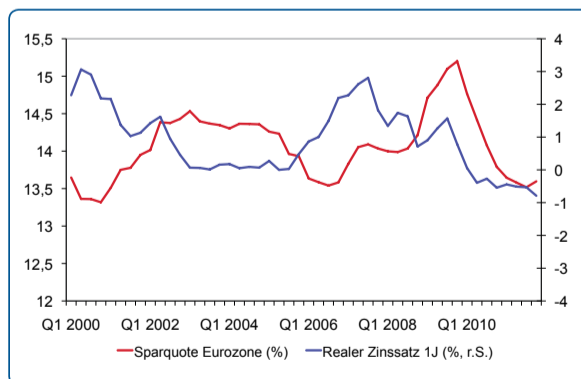
Die deutsche Wirtschaftsentwicklung beeinflusst ohne Zweifel das österreichische Wachstum, da mehr als 30 Prozent der österreichischen Warenexporte nach Deutschland gehen. Wir erwarten für Deutschland im Jahr 2012 ein überdurchschnittliches BIP-Wachstum. Dementsprechend sollten sich auch die österreichischen Exporte solide entwickeln. Zudem gehen wir davon aus, dass das österreichische Brutto-Inlandsprodukt heuer zum elften Mal in Folge stärker als jenes der Eurozone wachsen wird.

Wie bewerten Sie unter den aktuellen Rahmenbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Realwirtschaft?

Die österreichische Volkswirtschaft ist international äußerst wettbewerbsfähig. Gestützt wird dies durch den überdurchschnittlichen Anstieg der Produktivität und die moderate Entwicklung der Lohnstückkosten. Zum Ausdruck kommt die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in dem seit 2002 positiven Leistungsbilanzsaldo und der hohen Exportquote von 56 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Sehen Sie bei der Wirtschaftsentwicklung in den USA mittelfristig die Chance, dass die Vereinigten Staaten zur Funktion einer Wachstumslokomotive für die westlichen Industriestaaten zurückzukehren?

Da sollte man sich vorerst keinen Illusionen hingeben. Die globale Ordnung einer wirklichen wirtschaftlichen Wachstumslokomotive wird sich mittelfristig eher schwer gestalten. Hierzu ist das wirtschaft-



Was bedeutet die gegenwärtige Negativverzinsung für institutionelle Anleger? Erwarten Sie, dass diese bald und verstärkt in Aktieninvestments einsteigen, um einigermaßen Performance darstellen zu können?

Im Kontext der globalen Verschuldungskrise bleiben Renditen der Benchmark-Anleihen niedrig, andererseits sind Bewertungen von Aktienmärkten vielfach attraktiv. Selektives Vorgehen bei Aktien ist

gehen wir von einem Rückgang der Investitionen im Jahr 2012 aus. Auch in Österreich dürften sich die Investitionen nur moderat entwickeln. Das Wachstum sollte hier aber im Gegensatz zur Eurozone im leicht positiven Bereich liegen.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland dürfte in diesem Jahr einmal mehr deutlich über jenem des Euroraums liegen. Wie hoch

liche Umfeld global einfach noch zu fragil. Abwärtsrisiken bestehen weiterhin durch die hohen Staatsverschuldungsraten. Großteils fällt das Wachstum global, wenn, dann nur sehr moderat aus, unterliegt zunehmend höheren jährlichen Volatilitäten und wird wohl längerfristig vielfach unter dem Potentialwachstum liegen.

Das Interview führte Milan Frühbauer.

Stabiles Ergebnis in bewegtem Umfeld

Obwohl es für die Finanzwirtschaft ein turbulentes Jahr war, ist es Erste Bank und Sparkassen gelungen, auch 2011 ein stabiles Ergebnis einzufahren. Der Jahresüberschuss nach Steuern konnte ebenso gesteigert werden wie der Neukundenanteil und die neu vergebenen Kredite.

Die 50 österreichischen Sparkassen (exklusive Erste Group Bank AG) haben den vorläufigen Jahresüberschuss nach Steuern von 232,4 Mio. Euro auf 260,4 Mio. Euro steigern können (+12,1 Prozent). Verantwortlich für das positive Ergebnis waren unter anderem die auf 3.219.212 Personen gewachsene Kundenzahl (plus 76.000 Kunden) sowie die Verbesserung der Zinsspanne und die damit einhergehende Steigerung des Nettozinsstrahls von 6,9 Prozent. Insgesamt wurden 10,4 Mrd. Euro (+33 Prozent) an frischen Krediten vergeben. „Das Vertrauen in die Sparkassengruppe spiegelt sich vor allem in unserem Wachstum im Privat- und Firmenkundengeschäft wider und zeigt, dass unser Sparkassenmodell auch in einem schwierigen Marktumfeld das richtige ist“, so Thomas Uher, Vorstandssprecher Erste Bank. Im Detail: Die Forderungen an Unternehmen sind um 4,7 Prozent auf 20,1 Mrd. Euro gestiegen. Damit liegen Erste Bank und Sparkassen besser als der übrige Markt (+ 2,7 Prozent). Die Forderungen an Private sind um 3,2 Prozent auf 25,8 Mrd. Euro gestiegen. Vor allem die Nachfrage nach Wohnraumfinanzierungen ist deutlich angesprungen (+7 Prozent).

Großes Vertrauen in Sparkassen
Das Verhältnis der Kredite zu den Einlagen (Loan to Deposit Ratio) lag 2011 bei 100,6 Prozent. Das bedeutet, dass allen Krediten in etwa

Christian Aichinger, Präsident des Sparkassenverbandes: „Wir sind ein verlässlicher Partner auch bei schwierigen Rahmenbedingungen.“



gleich viele Einlagen gegenüberstehen. Der Durchschnitt in Österreich betrug 126,88 Prozent. Die Sparkassengruppe verfügt also über überdurchschnittlich hohe Kundeneinlagen. Damit konnten die Spar-

„Ein beachtliches Kundenplus stützt die Ertragskraft.“

Erste-Vorstandssprecher Thomas Uher

kassen während der Finanzkrise die Finanzierung der mittelständischen Unternehmen flächendeckend sicherstellen. „Diese Ergebnisse zeigen einmal mehr, dass die österreichischen Sparkassen ein wesentlicher Faktor für die heimische Wirtschaft sind und auch in einem unruhigen

Jahr gute Ergebnisse erbringen. Wir stehen unseren Kunden jederzeit zur Seite und freuen uns, dass diese uns auch unter schwierigen Bedingungen als kompetentem Partner vertrauen“, so Christian Aichinger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes.

Konstant auf hohem Niveau
Die Bilanzsumme der 50 heimischen Sparkassen hat sich um 1,5 Prozent auf 86,4 Milliarden Euro erhöht. Die Eigenmittel haben Ende des abgelaufenen Jahres 6,3 Mrd. Euro betragen und sich damit um 1,1 Prozent erhöht. Das Mindestfordernis laut BWG in Höhe von 3,4 Mrd. Euro wurde damit auch 2011 wieder deutlich übererfüllt. Das Betriebsergebnis ist um 2,9 Prozent auf 775,5 Mio. Euro gesunken. Damit schneiden Erste Bank und Sparkassen deutlich besser ab als der österreichische Bankendurchschnitt (-7,9%). -afe-

Der Armut entgegenwirken

In Österreich sind mehr als eine Million Menschen armutsgefährdet. Verantwortungsvoller Einsatz von Finanzdienstleistungen kann der Armut entgegenwirken und hat positive Effekte auf die Volkswirtschaft. Dies zeigt eine Studie im Auftrag der Erste Bank.

Für mehr als 29 Prozent der Haushalte sind unerwartete Anschaffungen ein Problem, jeder fünfte Haushalt kann kaum über die elementare Lebenshaltung hinausgehende Ausgaben tätigen. „Viele denken, ein Konto ist eine Selbstverständlichkeit. In der Realität ist das aber gar nicht so“, meint Peter Bosek, Firmen- und Privatkundenvorstand der Erste Bank Oesterreich. Seit 2010 vergibt die Erste Bank erfolgreich Mikrokredite für arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen. Pro Neugründung entstehen zwei bis drei neue Arbeitsplätze, die Mehrheit entkommt der Arbeitslosigkeit, und besonders für

Frauen stellen Mikrokredite eine neue Chance dar. Seit 2012 wird das Projekt „dermikrokredit“ in weitere Sparkassen getragen und ist in ganz Österreich vertreten. Menschen, die ihre Bankverbindung verloren haben, können sich an die Zweite Sparkasse wenden. Dort werden bereits mehr als 8.000 Kunden betreut.

Finanzwissen steigern
Als Armutsprävention wird in der Studie die Allgemeinbildung bei Finanzthemen genannt. Die Problematik bei der Vermittlung von Finanzwissen ist, dass die meisten Bürger bei sich kein Wissensdefizit sehen. 67 Prozent hielten sich

bei einer Umfrage finanziell für kompetent, aber nur 27 Prozent konnten ein passendes Rechenbeispiel lösen. Die Studie zeigt, dass finanzielle Bildung bei Kindern beginnen sollte. „Finanzbildung soll besonders für Kinder nicht langweilig sein und nicht nur aus Zahlen bestehen. Sparefroh-TV zeigt zum Beispiel spielerisch, wie man mit Geld umgeht“, unterstreicht Bosek. Im Herbst erscheint die dritte Folge von Sparefroh-TV. Weitere Projekte: Ein betreutes Konto hilft Kunden, ihr Finanzleben unter Kontrolle zu bekommen, und ein Sozialmikrokredit soll die sozioökonomische Situation verbessern. -afe-

EINBLICK



Milan Frühbauer

Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstläufer

Wir kennen das alle aus dem Alltag: Geräte, die jahrelang klaglos funktionieren, werden zur unspektakulären Selbstverständlichkeit. Das gilt von der Geschirrspülmaschine über das Auto bis zur Klimaanlage. Erst Defekte und Wartungsintensität schaffen auch Aufmerksamkeit, veranlassen uns zum kritischen Hinterfragen von Produkten und Systemen. Was problemlos funktioniert, gilt als business as usual. Vor diesem Phänomen ist auch die Makroökonomie offensichtlich nicht gefeit. Seit mehr als einem Jahrzehnt wächst die österreichische Wirtschaft stärker als der Durchschnitt des Euroraums. Das ist doch gut so! Dafür sorgt mit schöner Regelmäßigkeit vor allem die Exportwirtschaft. Sie eilt – mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 – mit vielfach zweistelligen Zuwachsraten zu immer höheren Anteilen am heimischen Brutto-Inlandsprodukt. Das müsste doch der Wirtschaftspolitik auffallen, oder?

Würdigung der Leistung fehlt

Dieser volkswirtschaftliche Motor stabilisiert mit so friktionsfreier Konstanz das gesamtwirtschaftliche Geschehen, dass man immer öfter den Eindruck bekommt, öffentliche und veröffentlichte Meinung hielten das für einen kaum noch erwähnenswerten Dauerzustand. Wann hat etwa ein Politiker in der TV-Pressesendung das letzte Mal mit klaren Worten die Tatsache gewürdigt, dass die Sachwirtschaft dieses Landes Waren im Werte von rund 300 Mio. Euro je Kalendertag (!) auf den Weltmärkten absetzt? Wer – außer den Wirtschaftsforschern von Beruf wegen – setzt sich auf politischer Ebene damit auseinander, wie komplex und unternehmerisch anspruchsvoll es ist, diese Form der wachsenden internationalen Wettbewerbsfä-

higkeit täglich neu zu erringen? Auch die Wirtschaftsberichterstattung ist diesbezüglich zurückhaltend. Während etwa die Probleme der AUA mit schöner Regelmäßigkeit ganze Wirtschaftsseiten füllen, bringt es die jeweils jüngste Exportstatistik bestenfalls zum Einspalter. Die Kerosinaufschläge beim Interkontinentalflug mobilisieren noch allemal mehr mediale Aufmerksamkeit als der Zusammenhang zwischen der Standortattraktivität und den Daten aus dem Außenhandel. Der Sky-Link in Schwechat ist uns allemal „näher“ als die regionalen Holdings, die von Österreich aus die Aktivitäten in den CEE-Märkten steuern.

Ungleichgewicht im Interesse

Ab und zu verirrt sich ein karger Nebensatz über die „erstaunlichen Exporterfolge“ in den einen oder anderen Kommentar. Warenexporte und Dienstleistungsexporte – getragen primär vom Tourismus – erreichen mittlerweile 56 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Es ist schon klar: Wirtschaftswachstum und Wohlstand sind in einem Land von der Größe Österreichs gar nicht anders als durch weltweite Konkurrenzfähigkeit zu erzielen. Aber ein Automatismus ist das keineswegs. Vor allem die technisch-technologische, aber auch die absatzorganisatorische Leistung, die sich in tausenden von Unternehmen hinter den Erfolgen auf den Weltmärkten „verbirgt“, bleibt öffentlich weitgehend unbeachtet. Selbst angehende oder bereits spondierte Akademiker sind sich der Beiträge einzelner Sektoren zur Gesamtwirtschaft nicht bewusst. Machen Sie einmal die Probe aufs Exempel. Egal, in welcher Zielgruppe Sie auch nachfragen: Rund ein Viertel der Österreicher hält die Landwirtschaft für den wichtigsten Wirtschaftszweig. Ernsthaft!

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Check in! Südosteuropa

Der mazedonische Vizepremier Vladimir Peševski war Stargast beim zum sechsten Mal veranstalteten „Check in! Südosteuropa“ der Steiermärkischen Sparkasse. Diese ist seit drei Jahren in Mazedonien vertreten. Die mazedonische Tochterbank der Steiermärkischen Sparkasse betreut bei einer Bilanzsumme von 300 Mio. Euro derzeit rund 115.000 Kunden.



Vizepremier Vladimir Peševski, Dimitar Bogov, Gouverneur der Nationalbank Mazedonien, und VDir. Sava Dalbokov

Erste Bank reduziert CO₂-Emissionen

Ab sofort beziehen die Erste Bank und ihre Tochtergesellschaften nur mehr „grünen“ Strom. Mit dem Wechsel zum Stromlieferanten Naturkraft Energievertriebsgesellschaft m.b.H. („Naturkraft“) werden so die CO₂-Emissionen um mehr als 50 Prozent gesenkt. Die Produktion des Stroms erfolgt zur Hälfte durch ein steirisches Kleinwasserkraftwerk, das im Besitz der Bank steht.

Lange Nacht der Förderungen

Unter dem Motto „Sagen Sie uns, was Sie vorhaben – wir sagen Ihnen, ob es die passenden Förderungen dafür gibt!“ veranstaltete die Sparkasse Niederösterreich Mitte West AG die „Lange Nacht der Förderungen“. Unternehmern wurde dabei ein Überblick über den oftmals undurchsichtigen Förderdschungel geboten.

Infos zum Sparpaket

Das Sparpaket zieht eine Reihe von Gesetzesänderungen nach sich. In mehreren Sparkassen gab es dazu Informationsveranstaltungen. In der Sparkasse Korneuburg referierten beispielsweise Mitarbeiter der Steuerberatungsgesellschaft Koll & Partner, in der Sparkasse Waldviertel Mitte informierten Experten der TPA Horwath Wirtschaftstreuhand und Steuerberatung GmbH.



Themenabend in Korneuburg: Christine Tüchler, VDir. Ingeborg Wingelhofer, Felix Koll und Michael Stöckelmaier

Bares bleibt Wahres

Das Bargeld und die Bankomatkarte sind die beliebtesten Zahlungsmittel in Österreich. Aktuelle OeNB-Daten zur Verwendung unterschiedlicher Zahlungsmittel liegen jetzt vor: Die Bargeldnachfrage im gesamten Eurosystem steigt kontinuierlich an.

Bargeld ist bei der heimischen Bevölkerung nach wie vor das Zahlungsmittel erster Wahl. 84 Prozent der Österreicher zahlen mehrmals die Woche bar. Laut einer jüngsten OeNB-Erhebung zum Thema Zahlungsmittel geben die meisten Übrigen an, etwa einmal wöchentlich mit Bargeld zu bezahlen (10 Prozent). Ein ebenfalls beliebtes Zahlungsmittel in Österreich ist die Bankomatkarte. Der Anteil jener Bankomatkarten-Besitzer, die ihre Karte mehrmals pro Woche verwenden, beläuft sich auf knapp 40 Prozent. Rund ein Viertel zahlt damit einmal wöchentlich. Weniger häufig wird mit der Kreditkarte bezahlt: Nur 6 Prozent der Kreditkartenbesitzer geben an, ihre Karte mehrmals die Woche zu verwenden. 15 Prozent bezahlen damit etwa einmal pro Woche. Der überwiegende Anteil der Kreditkarteninhaber nutzt die Karte zumindest einmal im Monat (40 Prozent) oder noch seltener (35 Prozent).

Steigende Bargeldnachfrage

Der Umlauf des gesamten Eurosystems belief sich am 31. Dezember 2011 auf 14,9 Mrd. Stück Banknoten (888,6 Mrd. Euro) und 97,8 Mrd. Stück Münzen (23,1 Mrd. Euro). Die Bargeldnachfrage im gesamten Eurosystem ebenso wie in Österreich steigt damit auf hohem Ni-

	2010	2011	Veränderung in %
Bargeldbehebungen am Bankomaten			
Transaktionen in Mio.	150,68	139,73	-7,30 %
Wert Transaktionen in Mrd. EUR	19,12	17,56	-8,20 %
Durchschnittlicher Wert in EUR	127	126	
Kartentransaktionen			
Transaktionen in Mio.	316,85	328,62	3,70 %
Wert Transaktionen in Mrd. EUR	15,87	16,50	4,00 %
Durchschnittlicher Wert in EUR	50	50	

Quelle: OeNB

veau kontinuierlich an. Als Folge der gemeinsamen Währung ist es nicht mehr möglich, echte Umlaufzahlen auf Länderebene anzugeben. Die Oesterreichische Nationalbank schätzt den tatsächlichen Banknotenumlauf in Österreich auf 25 bis 27 Mrd. Euro.

Eine Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) macht deutlich, dass vor allem niedrigere Beträge oft und gern mit Bargeld bezahlt werden. So werden in Österreich Beträge bis zu 20 Euro fast immer bar bezahlt (82 Prozent), während nur mehr 29 Prozent der Beträge zwischen 200 und 1.000 Euro bar bezahlt werden. Ende 2011 waren 8,30 Mio. Karten mit Bankomatfunktion in Österreich im Umlauf, Ende 2010 waren es 8,10 Mio. Obwohl mehr Karten vorhanden sind, wurden 2011 um rund 7 Prozent weniger Bargeldbehebungen durchgeführt als 2010.

Damit einher ging auch die Abnahme des Bargeldbehebungswerts um rund 8 Prozent. Die Zahl der Transaktionen am Zahlungsterminal hingegen erhöhte sich trendmäßig um 3,7 Prozent, ebenfalls der Gesamtwert (+4,0 Prozent).

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Behebungen und Zahlungen mit Bankomatkarten in den Jahren 2010 und 2011.

Zahlungen mit Kreditkarten

Ende 2011 waren 2,50 Mio. Kreditkarten in Österreich im Umlauf: um 14.282 (oder 0,6 Prozent) mehr als 2010. Damit wurden 2011 um 41,8 Prozent weniger Bargeldbehebungen durchgeführt als ein Jahr zuvor. Bei den Transaktionen kam es zu einem geringfügigen Anstieg um 2,8 Prozent, der Wert erhöhte sich um 2,1 Prozent. -üh-

Bankenbilanzsumme wieder über Billionengrenze

Der Stand der unkonsolidierten Bilanzsumme aller österreichischen Kreditinstitute überstieg zum Jahresendtermin 2011 wieder die 1-Billion-Euro-Grenze. Aktiv- und passivseitig trugen das Geschäft mit inländischen Kreditinstituten sowie das Kundengeschäft maßgeblich zu dieser Entwicklung bei. Bei Letzterem stiegen vor allem die Direktkredite in Euro bzw. die Sichteinlagen.

Auf der Aktivseite stiegen die Forderungen an inländische Kreditinstitute um 4,2 Prozent (+8,79 Mrd. Euro) und die Direktkredite an inländische Nichtbanken um 2,6 Prozent (+8,24 Mrd. Euro). Passivseitig erhöhte sich die Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten um 6,3 Prozent (+13,04 Mrd. Euro), die Auslandsverbindlichkeiten wuchsen um 5,3 Prozent (+12,61 Mrd. Euro) und die Einlagen von inländischen Nichtbanken waren um 2,9 Prozent (+8,10 Mrd. Euro) höher.

Die höchste Wachstumsrate auf der Aktivseite verzeichnete allerdings

die Kassenliquidität mit +44,3 Prozent bzw. +5,44 Mrd. Euro, was angesichts der Situation auf den Finanzmärkten als Vorsorgemaßnahme

„Plus 44,3 Prozent Kassenliquidität“

me gewertet werden kann. Parallel dazu wurden die Veranlagungen in Schuldverschreibungen und festverzinslichen Wertpapieren ausländischer Emittenten um knapp

20 Prozent (-4,74 Mrd. Euro) auf knapp 20 Mrd. Euro zurückgeführt.

Die Gesamteinlagen aller Kreditinstitute von knapp 290 Mrd. Euro verteilten sich zu 54,2 Prozent auf Spareinlagen (157,01 Mrd. Euro), zu 33,5 Prozent auf Sichteinlagen (96,90 Mrd. Euro) und zu 12,3 Prozent auf Termineinlagen (35,76 Mrd. Euro). Das Volumen der Sichteinlagen nahm kräftig um 7,25 Mrd. Euro (+8,1 Prozent) zu. Spar- und Termineinlagen wiesen leichte Zuwächse im Ausmaß von 0,77 Mrd. Euro (+0,5 Prozent) bzw. 0,09 Mrd. Euro (+0,2 Prozent) auf. -üh-

Auch die Bürger sparen: vorerst beim Sparen

Die Spar- und Kreditprognose der Erste Bank zeigt: Jeder zweite Österreicher fühlt sich vom Sparpaket betroffen. Die Sparquote dürfte weiter sinken.

Knapp 50 Prozent der Österreicher sehen sich vom Sparpaket der Regierung persönlich betroffen, 46 Prozent glauben, dass es sich auf sie nicht auswirken wird. „Bei der Geldanlage sehen wir die direkten Auswirkungen etwa bei der Kürzung der Bausparprämie oder den Abschlägen bei der privaten Pensionsvorsorge“, meint Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank. Immerhin haben 83 Prozent der Österreicher im kommenden Jahr durchschnittlich 5.085 Euro zu sparen oder (wiederzu-)veranlagen. Das sind allerdings im Vergleich zu Anfang 2011 um 375 Euro (7 Prozent) weniger. Auch die Sparquote hat im letzten Jahr um weitere 0,8 Prozentpunkte abgenommen.

Mit der prognostizierten Inflation von 2,4 Prozent in Österreich und dem anhaltend niedrigen Leitzinssatz von 1 Prozent wird auch heuer beim Sparbuch kein positiver Realzins zu holen sein. Trotzdem bleibt die Top-Anlageform für die Österreicher das Sparbuch mit 67 Prozent (+5 Prozent), der Bausparer liegt etwas zurück mit 53 Prozent (-5 Prozent). Bei Wertpapieren ist man noch vorsichtiger, was die Geldanlage in den nächsten 12 Monaten angeht: 13 Prozent wollen Fonds kaufen, 9 Prozent Aktien und 8 Prozent Anleihen. „Aufgrund der niedrigen Zinsen wäre jetzt aber ein guter Zeitpunkt, über das Sparbuch hinauszudenken“, betont Bosek. Das Einlagenvolumen der privaten Haushalte betrug per Februar rund 210 Mrd. Euro. Das ist im historischen Vergleich sehr viel: „Es ist nach wie vor viel Geld auf den Sparbüchern geparkt. Dass den Menschen die Angst vor Wertpapieren seit 2008 noch in den Knochen sitzt, ist zwar verständlich, aber nicht gewinnbringend.“ Zum Vergleich:



Ende 2008 hatten private Haushalte 188 Mrd. Euro an Einlagen bei Banken deponiert. „Im Sinne einer soliden Vermögensaufteilung sollte man sich wieder um die eine oder andere Möglichkeit im Wertpapierbereich umsehen.“

„Das Kreditgeschäft läuft.“

Erste-Vorstand Peter Bosek

Weniger Kreditnachfrage

35 Prozent der österreichischen Bevölkerung planen, in den nächsten zwölf Monaten eine größere Anschaffung wie Wohnungssanierung, Immobilienkauf etc. zu tätigen. Allerdings wollen das nur 11 Prozent (-4 Prozent) mittels Kredit oder Bauspardarlehen finanzieren. Die durchschnittliche Kreditsumme dagegen ist von 70.200 Euro auf 79.800 Euro (+14 Prozent) gestiegen. „Die

Kreditnachfrage geht etwas zurück. Diejenigen, die sich aber dafür entscheiden, wollen gleich etwas mehr aufnehmen“, interpretiert Bosek. Betrachtet man die Kreditvolumina in Österreich per Ende 2008, so hatten private Haushalte 123 Mrd. an Außenständen. Aktuell sind es 138 Mrd. Euro.

„Das Kreditgeschäft läuft, von einer Klemme sind wir weit entfernt. Aber solange die Wirtschaft sich nicht nachhaltig stabilisiert, sind die Menschen natürlich vorsichtiger, auch wenn die Zinsen historisch niedrig sind.“ Was die wirtschaftliche Lage Österreichs betrifft, so wurden die Prognosen seit Ende 2011 zum Glück wieder nach oben revidiert: Aktuell wird für 2012 von einem BIP-Wachstum von 0,9 Prozent ausgegangen. Die Arbeitslosenrate ist mit 4,2 Prozent weiterhin die niedrigste in der EU und sollte 2012 nur moderat ansteigen. Trotzdem dürfte der private Konsum dieses Jahr weiter zulegen. -üh-

Bildungsausgaben des Staates

Die staatlichen Bildungsausgaben stiegen im letzten Jahrzehnt deutlich von rund 11 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 16,3 Milliarden Euro im Jahr 2010.

Bildungsbereich	Jahr 2000		Jahr 2005		Jahr 2010	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Insgesamt	10.953	100,0	12.791	100,0	16.267	100,0
Kindergarten	915	8,3	1.060	8,3	1.798	11,1
Allgemeinbildende Pflichtschulen	3.774	34,5	3.969	31,0	4.670	28,7
AHS	1.086	9,9	1.275	10,0	1.561	9,6
Berufsschulen	431	3,9	450	3,5	591	3,6
Berufsbildende mittlere und höhere Schulen	1.396	12,7	1.661	13,0	1.991	12,2
Pädagogische Akademien/Hochschulen	94	0,9	106	0,8	160	1,0
Fachhochschulen	99	0,9	237	1,8	296	1,8
Universitäten	1.974	18,0	2.683	21,0	3.608	22,2
Schulverwaltung, sonstige Bereiche ¹⁾	1.185	10,8	1.351	10,6	1.593	9,8

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Bildungsausgabenstatistik. – ¹⁾ Bildungsrelevante Teile der Familienbeihilfen, Schulfahrtbeihilfen, Schülerfreifahrten etc.

AUSBLICK



Christine Domforth

Schweiz-Abkommen

Der Spatz in der Hand ...

Von der „Schotter-Mitzi“ zur „Eisernen Lady“ wurde Maria Fekter nach Abschluss des Steuerdeals mit den Eidgenossen von den heimischen Boulevardzeitungen hochgejubelt. Ein paar Fehlritte, die der reschen Finanzministerin zuvor auf der EU-Bühne passiert waren, waren da sofort vergessen. Sonst aber hagelt es überwiegend Kritik am Abkommen zur Legalisierung der in der Schweiz gebunkerten heimischen Schwarzgeld-Milliarden. Notorsche Steuerhinterzieher kämen bei Steuersätzen von 15 bis 38 Prozent viel zu billig davon, der Deal sei „ein Schlag ins Gesicht der ehrlichen Steuerzahler“, „legalisierte Geldwäsche“, möglicherweise sogar verfassungswidrig. So das Urteil aller drei Oppositionsparteien sowie der üblichen Bedenkenträger unter den heimischen Steuer- und Verfassungsrechtlern.

Besser als „erbeutete“ Datenträger

Absolute Steuergerechtigkeit, falls es die überhaupt geben kann, wird durch das Abkommen in der Tat sicher nicht geschaffen. Aber immerhin wird dadurch gewährleistet, dass eine Milliarde Euro in den heimischen Staatssäckel fließt – und zwar „shortly, without von delay“, um in der Diktion unserer Finanzministerin zu bleiben. Möglicherweise wird es sogar etwas mehr, denn so genau weiß man nicht, wie viel österreichisches Geld tatsächlich auf Schweizer Bankkonten ruht. Und künftig werden Steuersünder, die sich weiter hinter dem Schweizer Bankgeheimnis verstecken, zumindest einen Teil ihrer Kapitalerträge nach Österreich abliefern müssen. Diese Einnahmen sind für das Budget umso wichtiger, als die Finanztransaktionssteuer – im Sparpaket der Regierung ebenso fix einkalkuliert wie der warme Geldregen aus

der Schweiz – bis auf weiteres ein fiskalischer Wunschtraum bleiben dürfte. Ohne den jetzt so gescholtenen Deal mit den Schweizern würde der Fiskus vom Schwarzgeld in der Schweiz keinen Cent kassieren. Es sei besser, ein Problem ungefähr richtig zu lösen als präzise gar nicht, brachte Wirtschaftsminister Mitterlehner die – zugegebenermaßen – heikle Causa in einem Interview auf den Punkt. Und das Abkommen mag zwar moralisch nicht einwandfrei sein, besser als der Ankauf von Steuer-CDs, wie dies die Deutschen praktizierten, ist es allemal.

Auch für Griechen ein Rückholprogramm

Mit dem Schwarzgeld-Deal ist Österreich überaus reich – übrigen in durchaus prominenter Gesellschaft. Deutschland und Großbritannien haben mit dem Eidgenossen bereits ähnliche Regelungen unter Dach und Fach gebracht. Auch Griechenland, so hört man, ist an einem Steuerabkommen mit den Schweizern interessiert. Damit müssten superreiche Griechen, die ihr Vermögen in die Schweiz verschoben haben, zumindest einen Beitrag zur Überwindung der Krise und zu einem wirtschaftlichen Neuanfang ihres Landes zu leisten. Hätte die EU gemeinsam für alle Mitgliedsländer mit der Schweiz verhandelt, wäre ein besseres Ergebnis zu erzielen gewesen, monieren manche. Das ist zwar grundsätzlich nicht von der Hand zu weisen. Aber innerhalb der EU liegen die Positionen – etwa zum heiklen Thema Bankgeheimnis – extrem weit auseinander. Deshalb hätte es wohl bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag gedauert, bis eine Einigung erzielt und Einnahmen geflossen wären. Daher war es wirtschaftspolitisch vernünftiger, sich mit dem Spatzen in der Hand zu begnügen als auf die Taube auf dem Dach zu warten.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

EINLADUNG

„SPARKASSEN-HAFTUNGS Aktiengesellschaft“
1030 Wien, Grimmelshausengasse 1
FN 55491f – Handelsgericht Wien

Einladung

Der Vorstand der „Sparkassen-Haftungs Aktiengesellschaft“ lädt die Aktionäre der Gesellschaft zu der am

Freitag, 22. Juni 2012, 13.45 Uhr

im
Österreichischen Sparkassenverband
1030 Wien, Grimmelshausengasse 1/6/604

stattfindenden

24. ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung

- 1) Bericht des Vorstands, Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Lageberichts des Vorstands mit dem Bericht des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 2011
- 2) Beschlussfassung über das im Jahresabschluss 2011 ausgewiesene Jahresergebnis
- 3) Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011
- 4) Beschlussfassung über die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2012

Unterlagen zur Hauptversammlung

Folgende Unterlagen liegen ab dem 21. Tag vor der Hauptversammlung, somit ab dem 31.5.2012, am Sitz der Gesellschaft

Österreichischer Sparkassenverband
Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
E-Mail: gerlinde.haag@sv.sparkasse.at
Telefax: 05 0100 - 28536

während der üblichen Geschäftszeiten zur Einsicht durch die Aktionäre auf:

- a) Jahresabschluss mit Lagebericht
- b) Vorschlag für die Ergebnisverwendung
- c) Bericht des Aufsichtsrats
- d) Bericht des Vorstands

jeweils für das Geschäftsjahr 2011

- e) Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4.

Die vorgenannten Unterlagen werden (vollinhaltlich gleichlautend) auch mit der Einladung übermittelt.

Teilnahme an der Hauptversammlung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die im Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen sind und deren Anmeldung (siehe Formular, Anlage 5) der Gesellschaft bis spätestens 14.6.2012 zugegangen ist.

Vertretung durch Bevollmächtigte

Jeder Aktionär, der zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt ist, hat das Recht, einen Vertreter zu bestellen, der im Namen des Aktionärs an der Hauptversammlung teilnimmt und dieselben Rechte wie der Aktionär hat, den er vertritt.

Die Vollmacht muss einer bestimmten Person schriftlich erteilt werden, der Gesellschaft bis spätestens 14.6.2012 zugegangen sein und wird von der Gesellschaft aufbewahrt werden.

Wien, im April 2012

Der Vorstand

Künftigen Börsegängen auf der Spur

Das Aktienforum, der österreichische Verband für Aktien-Emittenten und -Investoren, und die AVCO, Dachorganisation der österreichischen Beteiligungskapitalindustrie und Ansprechpartner für alle Fragen zu Private Equity und Venture Capital in Österreich, sind in einer Studie der Frage nachgegangen, wie es um künftige Börsegänge in Wien bestellt ist, denn Neuemittenten sind seit der Finanzkrise rar. Aber in den kommenden zwei Jahren könnte sich bei IPOs (Initial Public Offerings) einiges tun.

Insgesamt wurden rund 100 Unternehmen im Inland wie im Ausland die mit Private Equity oder mit Venture Capital finanziert sind, befragt. Es ging primär um die Frage, ob man mittels Börsegang einen „Exit“ aus den bisherigen Beteiligungsstrukturen plane. Die Rücklaufquote lag bei knapp 30 Prozent.

Ergebnisse im Detail

Mit einem Zeithorizont von zwei Jahren liegt eine für die momentane Situation der Wiener Börse beachtliche Zahl von geplanten Börsegängen in der „Pipeline“ vor. Immerhin zwölf IPOs mit einem kumulierten Umsatzvolumen von weit mehr als 458 Mio. Euro sind insgesamt in diesem Zeitraum geplant.

Dies ist besonders deshalb ein positives Signal, weil in der jüngeren Vergangenheit national wie international die IPOs als Instrument der Umfinanzierung von Private Equity und Venture Capital via Börsegang stark an Attraktivität eingebüßt haben.

Um speziell den IPO als Alternative für die betreffende Beteiligung in Betracht zu ziehen, sind gemäß der vorliegenden Befragung mehrere Gründe wie die Bewertung des Unternehmens, das Interesse strategischer Käufer, die aktuelle Situation des Portfoliounternehmens und die Strategie der Beteiligung selbst aus-

schlaggebend.

Mit einem Blick speziell auf den österreichischen Markt und den Standort Wiener Börse lässt sich die Aussage machen, dass die Entscheidung, den IPO einer alternativen „Exit-Route“ vorzuziehen, kurzfristiger erfolgt als in der Vergangenheit.

Ist die Entscheidung jedoch gefal-

„ Wunsch nach
Rehabilitierung
der Aktie “

len, so ist insbesondere im Falle der Wiener Börse mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der tatsächlichen Durchführung zu rechnen. Denn trotz einiger identifizierter Hindernisse, die aus Sicht der betroffenen Industrie andere Börseplätze attraktiver erscheinen lassen, ist es der Börse Wien mittlerweile offensichtlich gelungen, sich als starker Nischenplayer zu positionieren und 25 Prozent der in der vorliegenden Studie angekündigten Vorhaben an den Standort Wien zu ziehen.

Die Börse Wien punktet hier vor allem durch einen starken „Heimvorteil“ für österreichische Unternehmen. Starke und attraktive regionale Netzwerke und verein-

fachte Abstimmungen werden in diesem Zusammenhang ebenso genannt wie allfällige höhere Bewertungen auf dem Heimatmarkt.

Dennoch Handlungsbedarf

Dies geht jedoch mit einer zunehmend negativen Awareness der Aktie als Asset Class und dem stetig schlechter werdenden Image der Aktieninvestoren einher. Die Einführung der Wertpapier-KEST hat die Attraktivität der Veranlagungsform „Aktie“ zusätzlich noch empfindlich reduziert.

Die Befragung ergab ganz klar dringenden Bedarf für Maßnahmen wie eine gesetzliche Rahmenstruktur für das PE/VC-Geschäft, deren Fehlen den Standort Österreich derzeit im Vergleich zu den übrigen europäischen Staaten benachteiligt.

Der dringende Bedarf für Anti-Korruptionsgesetze und die Abschaffung bzw. Reduktion des Steuersatzes der Wertpapier-KEST erweisen sich zudem als weitere zentrale Forderungen der Studienteilnehmer für die Belebung des Börseplatzes Wien, um den Finanzplatz Österreich insgesamt attraktiver zu machen. Dies könnte zum Beispiel durch die weitere Forcierung des Mid-Market-Segments an der Wiener Börse geschehen, so betonen die Studienautoren. -üh-

Vollversammlung des Österreichischen Sparkassenverbandes

Im Auftrag des Präsidenten des Österreichischen Sparkassenverbandes, Dr. Christian AICHINGER, werden die Mitglieder des Sparkassenverbandes zur ordentlichen Sitzung der Vollversammlung 2012 eingeladen, die am Freitag, dem 22. Juni 2012, ab 13.00 Uhr im Sparkassenhaus in Wien, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, mit folgender Tagesordnung stattfinden wird:

1. Protokoll der Vollversammlung vom 30. Mai 2011
2. Jahresbericht 2011 mit Bericht des Generalsekretärs
3. Rechnungsabschluss 2011
4. Voranschlag und Mitgliedsbeitrag 2012 des Sparkassenverbandes, Marketingbudget 2012, nationales Kommunikationsbudget 2012 und Sonderbudget
5. Bestellung neuer Mitglieder des Vorstandes für jene Mitglieder, die vorzeitig ausgeschieden sind
6. Wahl der Rechnungsprüfer, der stellvertretenden Rechnungsprüfer und Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2011
7. Allfälliges

Gemäß § 8 der Satzung ist die ordnungsgemäß einberufene Vollversammlung beschlussfähig, wenn mindestens von der Hälfte der Mitglieder stimmberechtigte Vertreter anwesend sind und diese insgesamt mindestens über die Hälfte der ermittelten Stimmen verfügen.

Ist dies nicht der Fall, so beginnt die Vollversammlung erst eine halbe Stunde nach dem oben festgesetzten Zeitpunkt. Sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder und Stimmen jedenfalls beschlussfähig.

Verhaltene Sparerfolge im Euroraum

Es ist kein leichter Weg, den die EU-Länder auf sich nehmen, und die Sparbemühungen tragen nur zögerlich erste Früchte: Laut Eurostat ist die Neuverschuldung zwar gesunken, die Schuldenstände aber leider nicht.

Die Neuverschuldung im Euroraum (EU17) ist 2011 auf 4,1 Prozent, in der EU27 auf 4,5 Prozent gefallen. Im Jahr davor lag sie noch bei 6,2 bzw. bei 6,5 Prozent. So weit die gute Nachricht der EU-Statistikbehörde Eurostat.

Die schlechte Nachricht zeigt hingegen einen von 85,3 auf 87,2 Prozent gestiegenen öffentlichen Schuldenberg im Euroraum, in der EU-27 nahm er von 80,0 auf 82,5 Prozent zu. Die höchsten öffentlichen Defizite in Prozent des BIP wurden bei den bekannten Sorgenkindern Irland (-13,1 Prozent), Griechenland (-9,1 Prozent) und Spanien (-8,5

Prozent) erhoben. Die geringsten Defizite wurden in Finnland (-0,5 Prozent), Luxemburg (-0,6 Prozent) und Deutschland (-1 Prozent) erhoben. Als Musterschüler mit öffentlichem Überschuss erwiesen sich Ungarn (+4,3 Prozent), Estland (+1,0 Prozent) und Schweden (+0,3 Prozent). Österreich liegt mit einem Budgetdefizit von 2,6 Prozent (2010: 4,5 Prozent) und einer Staatsschuld von 72,2 Prozent (2010: 71,9 Prozent) im guten Mittelfeld.

Griechenland ist Schuldenkaiser
Am Ende des Jahres 2011 wurden die niedrigsten Verschuldungsquoten in Estland (6 Prozent), Bulgari-

en (16,3 Prozent) und Luxemburg (18,2 Prozent) verzeichnet.

Auf dem anderen Ende der Skala fanden sich Griechenland mit einer Verschuldung von 165,3 Prozent im Verhältnis zum BIP, Italien mit 120,1 Prozent und Irland mit 108,2 Prozent. Wobei Eurostat bei den Zahlen aus Irland einen speziellen Vorbehalt geäußert hat, da die Umstrukturierungsvorhaben für Allied Irish Banks und Irish Life & Permanent bisher nicht abgeschlossen sind. Nach irischen Angaben war das Budgetdefizit 2011 deutlich niedriger als von Eurostat gemeldet. -afe-

Defizit und Verschuldung in der EU							
Budgetsaldo in % des BIP				Staatsschulden in % des BIP			
	2010	2011		2010	2011		
Ungarn	-4,2	4,3	↗	Estland	6,7	6,0	↘
Estland	0,2	1,0	↗	Rumänien	30,5	33,3	↗
Deutschland	-4,3	-1,0	↗	Tschechien	38,1	41,2	↗
Österreich	-4,5	-2,6	↗	Lettland	44,7	42,6	↘
Tschechien	-4,8	-3,1	↗	Slowakei	41,1	43,3	↗
Lettland	-8,2	-3,5	↗	Slowenien	38,8	47,6	↗
Italien	-4,6	-3,9	↗	Spanien	61,2	68,5	↗
Portugal	-9,8	-4,2	↗	Österreich	71,9	72,2	↗
EU-27	-6,5	-4,5	↗	Ungarn	81,4	80,6	↘
Slowakei	-7,7	-4,8	↗	Deutschland	83,0	81,2	↘
Rumänien	-6,8	-5,2	↗	EU-27	80,0	82,5	↗
Frankreich	-7,1	-5,2	↗	Frankreich	82,3	85,8	↗
Slowenien	-6,0	-6,4	↘	Portugal	93,3	107,8	↗
Spanien	-9,3	-8,5	↗	Italien	118,6	120,1	↗

Quelle: EU-Kommission

Mehr Transparenz für Derivatehandel

Der außerbörsliche Handel mit Derivaten war von jeher wenig reguliert und gilt als einer der Auslöser der weltweiten Finanzkrise. Jetzt gelten strengere Regeln: Aktivitäten sind zu melden, Datenbanken und Clearingstellen sollen für mehr Transparenz sorgen.

Daniela Umstätter, Sparkassenverband, EU-Büro Brüssel

Ursprünglich waren Derivate ein Finanzinstrument, um sich gegen Preisänderungen finanziell abzusichern. Dies galt insbesondere für Unternehmen, deren Tätigkeit mit stark schwankenden Währungsrisiken bzw. sehr volatilen Rohstoffpreisen zusammenhängt. Waren die Geschäfte mit Derivaten bis in die 80er Jahre eher nur als eine Art Versicherung gedacht, so rückte die Spekulationskomponente in den vergangenen Jahrzehnten in den Vordergrund. Vor allem die zusehends unbeliebten Hedge-Fonds versuchten mit diesen komplexen Finanzprodukten hohe Gewinne zu lukrieren. Derzeit werden nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) pro Jahr Derivate im Wert von 707 Billionen US-Dol-

lar außerhalb der Börsen gehandelt. Das sind beachtliche 530 Billionen Euro, was in etwa dem Sechzigfachen der Wirtschaftsleistung der gesamten Eurozone entspricht.

„Ausnahme für gruppeninterne Transaktionen erzielt.“

Nun hat das EU-Parlament eine Verordnung verabschiedet, die den außerbörslichen Derivatehandel in der EU transparenter und damit kontrollierbarer machen soll. In Zukunft wird ein Großteil dieser Geschäfte über Clearingstellen laufen, und Handelsaktivitäten sind an zentrale Datenbanken zu melden. Die Aufsichtsbehörden haben Zu-

gang zu diesen „Transaktionsregistern“ und können so das Marktgeschehen besser überwachen.

Clearingstelle springt ein

Zugleich werden Käufer und Verkäufer besser abgesichert. Wenn einer der Handelspartner nicht zahlen kann, springt die Clearingstelle ein. Das hat seinen Preis: Schließen zwei Banken ein Derivatgeschäft ab, müssen beide Sicherheiten hinterlegen. Hier konnte eine Ausnahme für gruppeninterne Transaktionen, wie sie zwischen den Mitgliedern eines Institutssicherungssystems wie des Haftungsverbands vorkommen, erzielt werden. Diese Transaktionen sind generell von der Clearingverpflichtung ausgenommen. Der zwischen EU-Parlament und Rat erzielte Kompromiss berücksichtigt damit eine Kernforderung der Sparkassen!

BÜCHER

„Österreichische Wirtschaftspolitik“

Wirtschaftspolitik ist eine Querschnittsmaterie schlechthin. Sie dominiert die Politik, doch wie funktioniert sie wirklich?

Der vor kurzem erschienene Band „Österreichische Wirtschaftspolitik“ bietet eine praxisorientierte Einführung in die politische Ökonomie, wobei aktuelle wirtschaftspolitische Ereignisse bereits eingearbeitet sind. Einleitend erfolgt eine kompakte Darstellung der Theorie der Wirtschaftspolitik, gefolgt von mikro- und makroökonomisch dominierten Grundlagen und Parametern.

Der Leser erhält Einblick in die Funktionsweise österreichischer wirtschaftspolitischer Institutionen. Welche Ziele verfolgen die einzelnen Entscheidungsträger und welche Maßnahmen werden mit welcher Folgewirkung umgesetzt? Da eine Vielzahl wirtschaftspolitischer relevanter Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen wird, ist der europäische Aspekt des Themas ausreichend berücksichtigt.



Österreichische Wirtschaftspolitik, von Ralf Kronberger und Reinhold Hofer, facultas.wuv 2011, 440 Seiten, 29,80 Euro. ISBN 978-3-7089-0763-5

„Erfolgreicher Vertrieb braucht Führung“

Konkrete Wege aufzuzeigen, wie das Firmenkundengeschäft ertragreich gestaltet werden kann, war das Ziel des „Wiener Firmenkundenkongresses“, an dem im März dieses Jahres rund 100 Interessierte aus vier Ländern (Österreich, Deutschland, Schweiz und Südtirol) teilnahmen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch der von Anton Schmall herausgegebene Sammelband „Erfolgreicher Vertrieb braucht Führung“ vorgestellt.

Erfolgreiche Führungskräfte aus Banken und Beratungsgesellschaften zeigen in diesem Werk die verschiedenen Dimensionen der Führungsarbeit im Vertrieb auf. Anhand von Praxisbeispielen liefern sie Anregungen, wie die Mitarbeiter beim Verkauf begleitet und bei der Erreichung der herausfordernden Ziele wirkungsvoll unterstützt werden können. Der Sammelband vermittelt somit praxisorientierte Lösungsansätze, wie in einer Sparkasse eine neue Vertriebskultur entwickelt und die Ergebnisse im Vertrieb nachhaltig gesteigert werden können.

Erfolgreicher Vertrieb braucht Führung. Herausgegeben von Anton Schmall, Manz Verlag, 272 Seiten, 48,- Euro. ISBN 978-3-214-02439-0



Herausgeber Anton Schmall mit der Leiterin des Filialvertriebs der Erste Bank, Birte Quitt, und dem Verkaufcoach Wolfgang Palfi

„Die Polnische steht nicht zur Debatte!“

Große Aufregung herrscht in Österreich rund um die Käsekrainer. Slowenien will den Alleinvertretungsanspruch für diese am Würstelstand hierzulande so beliebte Spezialität. Doch auch in anderen Ländern regt sich erster Widerstand gegen so manche in Österreich gängige Bezeichnung von Lebensmittel, vornehmlich auch bei Mehlspeisen. Das Außenministerium hat deshalb folgerichtig eine „Task Force Krainer“ ins Leben gerufen, um auf diplomatischem Wege das Schlimmste zu verhindern. Achterbahn sprach darüber mit dem Leiter der Einsatzgruppe, Legationsrat Dr. Günther Semmelhart.



Jetzt geht es um die Wurst.

Achterbahn: Herr Legationsrat, Sie sind mit einer heiklen Sondermission betraut worden. Betreten Sie damit diplomatisches Neuland?

Semmelhart: In gewisser Weise ja! Es geht diesmal um die Bewahrung von österreichischem Kulturgut der besonderen Art. Wir sind plötzlich mit Anfechtungen und Forderungen an sich befreundeter ausländischer Regierungen konfrontiert, die man seitens der österreichischen Außenpolitik nicht reaktionslos hinnehmen darf.

Sie meinen den Besitzanspruch auf die Käsekrainer, den die Slowenen erheben ...

... der ja leider kein Einzelfall zu bleiben scheint. In ersten Depeschen unserer Auslandsvertretungen mehrten sich die Hinweise auf mögliche weitere Streitfälle. Deshalb hat mich der Herr Minister, der ja weiß Gott viele andere Sorgen hat, beauftragt, die Sache in die Hand zu nehmen.

Worum geht es konkret?

Nun, in Ungarn regt sich nach Meldungen gewöhnlich gut unterrichteter Kreise der Widerstand gegen die Pusztawürstel und auch gegen das Szegediner gulasch. Moskau hat schon wegen der Genesis der Malakofftorte angefragt, die Franzosen sind draufgekommen, dass wir in heimischen Molkereien auch Camembert herstellen, und in Ankara ist man über den Türkischen Honig verstimmt. Vom Baklava will ich vorerst gar nicht reden. Dazu kommt, dass hierzulande in manchen Griechen-Restaurants Türkischer Kaffee serviert wird. Das kann

vor allem während der Zypriotischen EU-Präsidentschaft sehr problematisch werden.

Wie wird Ihre Arbeitsgruppe agieren bzw. reagieren?

Wir haben an unsere Botschaften ein erstes Dossier übermittelt, in dem penibel aufgelistet ist, welche Bezeichnungen von Speisen und Getränken noch aus der Zeit der Monarchie stammen und somit – nach unserer Rechtsauslegung – autochtonen Charakter haben. Das

„Moskau hat schon wegen der Malakofftorte angefragt.“

reicht ja vom Karlsbader Zwieback über die Powidltascherln bis zu den Schomlauer Nockerln. Das ist jetzt lückenlos dokumentiert. Auch beim Osso Bucco und beim Osso Collo sind wir einigermaßen abgesichert. Ob aber der Mozzarella anstandslos akzeptiert wird, das ist fraglich.

Wo liegt denn generell das Problem?

Dort, wo Österreich-Ungarn als multikultureller, einheitlicher Küchenraum schwer argumentierbar ist. Beim Müsli und beim Emmentaler kann man immerhin sagen, die Habsburger stammten ja aus der Schweiz. Dann wird es aber eng: Das ist etwa bei der Schwarz-

wälder Kirschtorte ebenso der Fall wie bei den Wurstbezeichnungen Sächsische und Braunschweiger. Auch wenn die Beziehungen zu Deutschland generell sehr gut sind, bei diesen Wurstsorten ist noch einige Überzeugungsarbeit zu leisten.

Gibt es da Kompromissmöglichkeiten?

Sicherlich. Wir überlegen in der Arbeitsgruppe einschlägige Angebote. Die Frankfurter sind ja noch wichtiger als die Käsekrainer, da sehe ich kaum die Möglichkeit des Einlenkens. Aber bei der Sächsischen, die ja in Wirklichkeit eine reine Speckwurst ist und ohnehin zu viel Kalorien hat, könnte man flexibel sein. Bei den Nürnberger Rostbratwürsteln zeichnet sich eine Einigung ab. Übrigens: Bei der Burenwurst scheint kein Konflikt zu drohen, den Südafrikanern dürfte diese Bezeichnung völlig egal sein.

Gibt es auch schon Fälle, wo es sich speißt?

Also, beispielsweise beim Zigeunerspieß, aber das hat wieder andere Gründe. Das gehört zur Kategorie Mohr im Hemd, und dafür ist das Außenministerium nicht zuständig. Kopfzerbrechen bereiten mir persönlich etwa die Polnische und die Krakauer. Doch ich habe – selbstverständlich nach Rücksprache mit dem Ressortchef – einem Diplomaten aus Warschau unmissverständlich gesagt: Die Polnische steht aus österreichischer Sicht nicht zur Debatte.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Nicht einmal 30 Prozent

In der publizistischen Nacharbeit zu einer gemeinsamen TV-Presserstunde der beiden Pensionistenverbände Khol und Blecha tauchte eine Grafik auf: Darin wird aufgeschlüsselt, aus welchen Gründen sich jene rund 91.000 Österreicher, die im Vorjahr in Pension gegangen sind, aus dem Berufsleben verabschiedet haben. Man kommt aus dem Staunen nicht heraus: Nur knapp 30 Prozent sind in die „normale Alterspension“ eingetreten. Nicht weniger als 70 Prozent stießen hingegen zum Heer der Frühpensionisten, dessen zahlenmäßige Überlegenheit im europäischen Vergleich als legendär gilt. Mehr als 30 Prozent des „Pensionistenjahrgangs 2011“ traten eine Invaliditätspension an, nach der Hackler-Regelung waren es immerhin mehr als 25 Prozent. Der Rest entfällt auf Korridor pensionen und die Schwerarbeiterpension.

Allein die oberflächliche Analyse dieser nüchternen Zahlen zeigt sehr deutlich, warum der Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung weiter rapid ansteigen muss, wenn nichts geschieht. Nicht einmal ein Drittel der Neuzugänge zum Pensionsanspruch erreichte somit im Vorjahr das gesetzliche Pensionsantrittsalter, und die Verweildauer im Ruhestand wird – als Folge steigender Lebenserwartung – immer länger. Wenn das alles keine schlagenden Argumente für die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge und des Kampfes gegen drohende Altersarmut sind – dann bitte was?

Ohne Eigenvorsorge im breitestmöglichen Umfang ist das Problem wohl nicht zu bewältigen. Übrigens Altersvorsorge, war da nicht etwas? Richtig, die staatliche Prämie zur Zukunftsvorsorge ist halbiert worden. Also dann: Fröhlich in die Frühpension! -üh-

ERLESEN - ERHEITERT - ERLITTEN

„Kluge leben von den Dummen. Dumme leben von der Arbeit.“
Aus einem Sprüchekalender, gefunden in einer Personalabteilung

„Die Finanzminister und die Bankiers haben eines gemeinsam: Sie leben von anderer Leute Geld. Die Bankiers haben nur die unangenehme Aufgabe, es wieder zurückzuzahlen.“
Hermann Josef Abs, Bankier

„Manchmal komme ich mir vor wie Konrad Lorenz. Ich betreibe Verhaltensstudien im Ausschuss.“
Gabriela Moser, Vorsitzende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

„Berlakovich rettet unsere Käsekrainer.“
Aus der Tageszeitung ÖSTERREICH

„Wenn ich Geld sage, dann meine ich damit jene Materie, die auf dem Weg zum Finanzamt flüchtig unsere Finger streift.“
Karl Farkas

„Dann folgte das Zeitalter der Aufklärung. Da lernten die Leute endlich, dass man sich nicht durch die Biene oder den Storch fortpflanzt, sondern wie man Kinder selber macht.“
Aus einer Zitatensammlung von Schulaufsätzen